

A stylized map of Mali composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or regions.

Kraft- oder Zerreißprobe?

Laizität, Staat und Religion in Mali

KATJA MÜLLER
Mai 2016

- Während eine laizistische Staatsform in der malischen Verfassung eindeutig verankert ist, scheint das reale Verhältnis zwischen Staat und Religion in der Praxis heute fragiler und unklarer denn je.
- Der Bedeutungszuwachs religiöser Akteure muss vor allem vor dem Hintergrund der Vertrauenskrise des malischen Staates betrachtet werden. Politisches Versagen und nicht der religiös motivierte Wunsch der malischen Bevölkerung nach einem islamisch geprägten Staat erklären den gestiegenen Einfluss der Religion.
- In der aktuellen Debatte und der Abwendung vom französischen Modell der Laizität steckt jedoch auch ein Emanzipationspotenzial, falls es gelingt, ein genuin malisches Verhältnis zwischen Religion und Staat zu entwickeln. Allerdings muss die Politik die Debatte so schnell wie möglich in die Hand nehmen sowie proaktiv und transparent gestalten.

»Islamismus in Mali«: Was in internationalen Nachrichtenmagazinen eingängig getitelt wird, ist in der Realität – wie zumeist – deutlich komplexer. Das Thema trifft einen Nerv und bewegt die Bürgerinnen und Bürger. In malischen Medien, Seminar- und Büroräumen, auf der Straße und in den sozialen Medien wird diskutiert und mitunter gestritten, welche Rolle der Islam in Mali, wo über 90 Prozent der Bevölkerung muslimischen Glaubens sind, einnehmen sollte.

Dabei spiegeln sich in der aktuellen Debatte zwei grundlegende Dimensionen wider: Zum einen geht es mehr denn je um den Charakter des »malischen Islam«. Denn während Mali zu Recht mit Stolz auf eine jahrhundertelange Tradition eines sehr toleranten und liberalen Islam zurückblickt, greifen konservative bis fundamentalistische Ausprägungen gegenwärtig immer mehr öffentlichen Raum. Zum anderen nimmt die Debatte die malische Laizität in den Blick und wirft die Frage auf, in welchem Verhältnis Religion und Staat zueinander stehen sollten.

Die jüngste Runde dieser Debatte entzündete sich Ende 2015 an den Aussagen zweier prominenter Führungspersonlichkeiten des Hohen Islamischen Rates von Mali (HCIM). Während sich dessen Präsident, Imam Mahmoud Dicko, anlässlich des terroristischen Anschlages auf das Hotel Radisson Blue im November 2015 dazu verstieg, Terrorismus als Strafe Gottes für »westliches Verhalten« zu erklären, drohte der Vizepräsident Chérif Haidara der malischen Politik sogar damit, einen Imam an der Spitze des Staates zu installieren. Was in der Folge geschah, lässt sich mit Fug und Recht als Kraftprobe zwischen dem malischen Staat und (einigen) Religionsvertretern verstehen, an deren Ende der Generalstaatsanwalt, der sich vehement für eine Mäßigung des religiösen Einflusses auf die Politik ausgesprochen hatte, seinen Hut nehmen musste und gewählte politische Autoritäten in versöhnlicher Absicht vor den religiösen Führern defilierten.

Was also bedeutet dieses ungeklärte Rollenverständnis zwischen Religion und Politik für Mali? Die malische Verfassung ist in dieser Frage eindeutig: »Mali ist eine unabhängige, souveräne, unteilbare, demokratische, laizistische und soziale Republik«, heißt es in deren Artikel 25. Und auch das Friedensabkommen von Algier (2015) bekennt sich klar zur Laizität. Doch was genau bedeutet Laizität im malischen Kontext? Die gesellschaftliche und politische Antwort auf diese Frage ist nicht so eindeu-

tig, und bereits heute machen sich zahlreiche religiöse Akteure diese Unklarheit zunutze, um die Grenzen zwischen Religion und Staat in die von ihnen bevorzugte Richtung zu verschieben.

In einem Staat wie Mali, der mit schwachen politischen Institutionen ausgestattet ist, der in einer Vertrauenskrise steckt, gleichzeitig immer stärker zum Refugium für islamistische Gruppierungen wird – oder für solche, die Religion als Legitimation nutzen – und in einer äußerst fragilen Region beheimatet ist, ist die Klärung des Verhältnisses von Staat und Religion elementar für die eigene Zukunftsfähigkeit.

Staat und Religion – eine kurze Genese

Die strikte Laizität *à la française* ist Teil des kolonialen Erbes Malis. Infolgedessen ist die Gründung religiöser Parteien heutzutage untersagt, das staatliche Bildungswesen ist frei von religiösen Einflüssen und Inhalten, religiöse Institutionen genießen keinerlei Unterstützung des Staates und müssen sich – wie alle anderen Organisationen der Zivilgesellschaft – regulär registrieren. Die Einflussbereiche von Religion und Politik sind folglich klar abgesteckt – zumindest in der Theorie. In der Praxis hat sich jedoch bereits seit Jahrzehnten ein komplexes Miteinander von Politik und Religion herausgebildet, in dem die Grenzen zunehmend verschwimmen.

Spätestens seit 2009 zeigt die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Staat und Religion eine neue Qualität. Während die Schwäche des Staates immer deutlicher zutage tritt, legen religiöse Akteure in Bedeutung und Agitationsstärke kontinuierlich zu. Nicht zuletzt die jüngste Krise 2012/2013 sowie die anschließenden Wahlen, in denen die Unterstützung religiöser Organisationen für »ihren Kandidaten« wahlentscheidend war, haben diese Entwicklung nochmals verdeutlicht.

Das vielschichtige Beziehungsgeflecht zwischen religiösen und politischen Akteuren ist mitnichten ein neues Phänomen in Mali. Schon vor der Unabhängigkeit war die Religion ein wichtiger Faktor der sozialen Mobilisierung und Integration. Auch der malische Diktator Moussa Traoré versuchte seinerzeit aktiv, religiöse Akteure einzubinden, um deren soziales Gewicht systemstabilisierend zu nutzen. Sein Kalkül beinhaltete auch, über eine Einbindung religiöser Akteure wirtschaftlich

und entwicklungspolitisch von den wohlhabenden und sendungsbewussten islamischen Staaten zu profitieren (u. a. Saudi Arabien oder Libyen). So geht der gegenwärtige starke Einfluss Saudi Arabiens, der unter anderem über die Bildung von gemeinnützigen Vereinen oder den Moschee- und Schulbau generiert wird, auf die Epoche Moussa Traorés (1968–1991) zurück.

Diese Tendenz verstärkte sich mit der Demokratisierung 1991/1992 weiter. Zum einen profitierten religiöse Akteure, ebenso wie andere gesellschaftspolitische Gruppen, von der neuen politischen Freiheit. Insbesondere die Möglichkeit, eigene Radio- und Fernsehsender zu gründen und von einer weit reichenden Meinungsfreiheit zu profitieren, trug dazu bei, dass religiöse Persönlichkeiten und Organisationen zunehmend als gesellschaftliche Akteure sichtbar wurden. Zum anderen begünstigte die mit der Demokratisierung einhergehende Liberalisierung der Wirtschaft, die oftmals mit einer Schwächung des sozialen Zusammenhalts einherging, das Erstarken der Religion als gesellschaftliche Gestaltungskraft. Religiöse Akteure in Mali konnten von diesem sozialem Wandel insofern profitieren, als sie – oft mit Unterstützung ausländischer Akteure – ein verstärktes Augenmerk auf soziale Aspekte und soziale Grundleistungen legten und damit eine Lücke füllten, die ihnen die wirtschaftliche Liberalisierung eröffnet hatte.

Die Geister, die ich rief: Zweckgemeinschaft Religion und Staat

Spätestens seit dem Jahr 2008 ist der 2002 gegründete HCIM ein zentraler, wenn nicht gar *der* zentrale Akteur im Hinblick auf die zunehmende Politisierung der Religion. Mit der Wahl des bekennenden Wahabiten Mahmoud Dicko zu seinem Präsidenten vertritt dieses Organ, das als Schnittstelle und Element der Kommunikation zwischen Regierung und den Vertreter_innen der muslimischen Bevölkerung angelegt war, einerseits immer stärker eine streng konservative bis fundamentalistische islamische Ausrichtung; andererseits bezieht der HCIM zunehmend offensiver politische Positionen, die er auch machtbewusst durchsetzt. Nicht zuletzt deshalb sprechen Experten, wie etwa Gilles Holder, schon seit längerer Zeit vom HCIM als einer De-facto-Partei.

Ein gutes Beispiel für diese neue Rolle des HCIM ist das Familien- und Personenstandsgesetz (*Code de la Famille*).

Zwar war eine Gesetzesreform bereits während der Präsidentschaft von Alpha Oumar Konaré (1992–2002) anvisiert worden, doch hatte dieser das politische Projekt aufgrund seiner Brisanz immer wieder verschoben. Zum öffentlichen »Stand-off« kam es schließlich 2009. Obwohl die Gesetzesnovelle, die eine Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen vorsah, bereits das Parlament passiert hatte, musste sie anschließend aufgrund des Widerstands religiöser Gruppen zurückgezogen werden. Nach anhaltenden Protesten und erfolgreicher Lobbyarbeit religiöser Akteure wurde 2011 schließlich ein neuer *Code de la Famille* verabschiedet, der jedoch so konservativ ist, dass Kritiker_innen darin sogar eine teilweise Verschlechterung der Lage von Frauen und Mädchen sehen.

Der HCIM hatte seine Muskeln erfolgreich spielen lassen und entschied diese Kraftprobe, die einen Wendepunkt bezüglich der politischen Rolle religiöser Akteure in Mali darstellte, klar für sich. Die politische Botschaft des heftig umstrittenen Vorgangs: Nach Dafürhalten des HCIM hat in sozialen Belangen die Religion und nicht die Politik das Sagen. Eine Position, die in der malischen Gesellschaft derzeit durchaus mehrheitsfähig sein könnte. So sprechen sich einer aktuellen Umfrage zufolge tatsächlich 54 Prozent für die Einführung der Scharia aus.¹ Gemeint sind hierbei jedoch weniger die strafrechtlichen als vielmehr die familien- und sozialrechtlichen Aspekte der Scharia. Eine Mehrheit der Bevölkerung sieht demzufolge in sozialen Fragen offenbar wirklich eine Aufgabe für die Religion bzw. religiöse Akteure, ohne sich insgesamt für einen islamischen Staat auszusprechen.²

Eine »Neuaufgabe« dieser Kraftprobe zwischen Politik und religiösen Akteuren stellte – wenn auch in weniger öffentlicher Form – die Auseinandersetzung um die Einführung der Quote zur Förderung von Frauen in legislativen und administrativen Ämtern dar. Das Gesetzesvorhaben, das bereits im Juli 2014 im Kabinett verabschiedet worden war, wurde im Parlament fortan durch den Protest und die Kampagnen religiöser Gruppen blockiert, sodass es schließlich erst nach erheblicher Verzögerung und anhaltenden Bemühungen von Frauengruppen Mitte November 2015 das Parlament passieren konnte.

1. Massa Coulibaly / Anne Hatloy (2015): Les questions religieuses et ethniques au sud du Mali, Rapport Fafo 2015:06; [http://www.fafono/~fafono/images/pub/2015/20411.pdf](http://www.fafano/~fafono/images/pub/2015/20411.pdf).

2. Auch in Ägypten wird beispielsweise das Familienstandsrecht auf Grundlage der Scharia geregelt, während die übrigen Rechtsbereiche stark vom britischen Recht inspiriert sind.

In einem engen zeitlichen Zusammenhang mit der politischen Krise 2012 konnte der HCIM darüber hinaus eine ganze Reihe an Zugewinnen für sich verbuchen: Bereits anlässlich der ursprünglich für 2012 vorgesehenen Wahlen erreichte der HCIM die Ernennung seines Generalsekretärs zum Kommissar der unabhängigen, nationalen Wahlkommission (CENI). Bis heute hält der HCIM damit eine Schlüsselposition und »Schiedsstelle« über den Wahlprozess in seinen Händen. Mit der 2012 erfolgten Gründung eines Ministeriums für religiöse Angelegenheiten konnte der HCIM wiederum nicht nur eine seiner langjährigen politischen Forderungen durchsetzen, sondern auch gleich den ersten Minister der neuen Institution aus seinen Reihen stellen. Zudem wird häufig vergessen, dass der HCIM unter seinem einflussreichen Präsidenten Dicko zwar regelmäßig für seine moderierende Rolle im Norden Malis während der Krise 2012/2013 gelobt wurde, es aber auch jener Präsident war, der sich im Januar 2012 klar für eine Islamische Republik Mali ausgesprochen hat, sofern die malischen Bürgerinnen und Bürger dies wünschten.

Mit der Zunahme des »islamistischen Terrorismus« im gesamten malischen Staatsgebiet hat sich auch die Sichtbarkeit nicht-extremistischer religiöser Akteure in Mali verändert. So sind Institutionen wie der HCIM für Einschätzungen, Analysen und Abgrenzungen gefragt. Zahlreiche Wortmeldungen des Rates wirken auch durchaus mäßigend in der religiös geprägten malischen Gesellschaft, wie zum Beispiel die öffentliche Unterstützung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Algier sowie für die Einheit des Landes. Andere wiederum lösen Stürme der Entrüstung aus. So sorgten etwa die Äußerungen Dickos zum Anschlag auf das Hotel Radisson im November 2015, bei dem über 20 Menschen ums Leben kamen, nachhaltig für Empörung. Zwar, so HCIM-Präsident Dicko, widersprächen terroristische Anschläge in jedem Fall dem islamischen Gebot der Heiligkeit jedes Lebens und seien damit zu verurteilen, sie müssten aber gleichzeitig als Strafe Allahs gegen gottesungefälliges Handeln wie einen »westlichen Lebensstil« oder die »Werbung für Homosexualität« verstanden werden.³ Bürgerinnen und Bürger, die malische Zivilgesellschaft sowie politische Entscheidungsträger_innen äußerten sich entsetzt über diese Aussagen, die in den Augen vieler einer Legitimierung des Terrorismus gleichkamen.

3. <http://www.rfi.fr/afrique/20151202-mali-propos-imam-mahmoud-dicko-suspect-polemique-apologie-terrorisme>

Der eigentliche *politische* Skandal war jedoch die nachfolgende Absetzung des malischen Generalstaatsanwalts, Daniel Tessougué, der unter politischen Druck geriet, nachdem er darauf hingewiesen hatte, dass diese Äußerungen einer Rechtfertigung des Terrorismus entsprächen und damit gegen von der Republik Mali ratifizierte internationale Konventionen verstießen. In der Wortwahl sicherlich nicht feinfühlig (»den Religiösen die Bärte abschneiden«)⁴, sprach sich der Generalstaatsanwalt zugleich vehement dafür aus, den Einfluss der Religion auf die Politik zu begrenzen.

Bereits im Dezember 2015 kam es zu einer weiteren Eskalationsschleife, nachdem die malische Regierung aus Sicherheitsgründen den Ausnahmezustand, der nach dem Attentat im November ausgerufen worden war, um weitere drei Monate verlängerte und damit große öffentliche Menschenansammlungen untersagte. Religiöse Akteure warfen der malischen Regierung daraufhin vor, bewusst das islamische Fest *Maouloud* (die Taufe des Propheten Mohammed) zu unterminieren. Der ansonsten für moderate Töne bekannte Imam Chérif Ousmane Madani Haidara, Vizepräsident des HCIM und einer der bekanntesten Prediger Westafrikas, ließ sich infolgedessen gar dazu verleiten, der malischen Politik offen zu drohen: »Wenn die Autoritäten nicht aufpassen, werden die Muslime die Macht übernehmen. Wir werden dafür sorgen, dass niemand Präsident der Republik werden kann, wenn er nicht einer unserer Imame ist.«⁵

Das Kräftemessen zwischen (einigen) religiösen Akteuren und dem malischen Staat ist in vollem Gange. Und auch jene politischen Persönlichkeiten, die zuvor offensiv den Schulterschluss mit religiösen Kräften gesucht hatten, um selbst an Popularität und sozialer Legitimität zu gewinnen, werden die Geister, die sie riefen, nun nicht mehr los.

Ein Erklärungsversuch: Politikversagen

Wie ist dieses jüngste Kräftemessen der religiösen Akteure und deren wachsende Popularität zu verstehen? Der Mali-Experte Gilles Holder bringt es folgendermaßen auf den Punkt: »In dem Maße, wie der Staat an Legitimi-

4. <http://www.journaldumali.com/article.php?aid=10765>.

5. <http://www.mondafrique.com/le-mali-vu-d-en-bas/mali-le-krach-national/>.

tät verloren hat, hat die Religion hinzugewonnen.«⁶ Die Zunahme des Einflusses der Religion bzw. religiöser Akteure ist folglich eher auf ein *politisches* Versagen zurückzuführen, als auf den *religiös* motivierten Wunsch der malischen Bevölkerung nach einem islamisch geprägten Staat. Nicht zuletzt die jüngste Krise 2012/2013, die in ihrem Kern auch eine Staatskrise war, hat die Schwäche der malischen Demokratie und ihrer politischen Institutionen sowie den eklatanten Vertrauensbruch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Staat aufgezeigt.

Religiöse Akteure erobern mit ihren sinnstiftenden Deutungsangeboten und Ordnungsmodellen erfolgreich die Lücke, die das Versagen der politischen Institutionen und Eliten des Landes für sie eröffnet hat. Das sichtbare soziale Engagement religiöser Akteure bietet dort soziale Sicherheit, wo es der Staat nicht tut. Gleichermäßen zeigt die landesweite Meinungsumfrage *Mali Mètre*, dass religiösen Gruppen – insbesondere im Norden des Landes – deutlich stärker zugetraut wird, für Sicherheit zu sorgen, als dem malischen Staat.⁷

Auch die grassierende Korruption, die weite Teile des politischen und wirtschaftlichen Lebens lähmt, wird am wenigsten bei den religiösen Akteuren verortet. Vielmehr profitieren diese von dem weit verbreiteten Ruf, integer und »sauber« zu sein. So werden einer aktuellen Untersuchung des *Institut National de la Statistique* zufolge religiöse Akteure mit Abstand als am wenigsten korrupt angesehen.⁸ Vor diesem Hintergrund sprechen sich teilweise sogar Mitglieder politischer Parteien und Funktionsträger_innen dafür aus, die Imame zu stärken. Zudem genießen religiöse Akteure oftmals eine so starke traditionelle Autorität, dass sie in den Augen vieler über alle Zweifel erhaben sind. So sprechen sich beispielsweise 78 Prozent der Befragten dafür aus, dass es verboten sein sollte, religiöse Führungspersonlichkeiten zu kritisieren (Fafo 2015:24).

In diesem Kontext fällt es den religiösen Akteuren leicht, sich erfolgreich als »Wächter von Moral und Anstand« in einer im Umbruch befindlichen Gesellschaft zu eta-

blieren. Insbesondere die Krise von 2012/2013 hat zahlreiche Eckpfeiler der malischen Gesellschaft ins Wanken gebracht und mitunter den Anstoß für gesellschaftlichen Wandel geliefert. So drängt nun beispielsweise in einer Gesellschaft, in der Seniorität traditionell ein wichtiges Kriterium darstellt, die junge Generation in die Ämter und in die Verantwortung, aber oft auch nur in die Privilegien.

Gleichzeitig ändert sich die Rolle der Frau langsam, aber stetig – und nicht selten mit Unterstützung ausländischer Entwicklungsorganisationen. Die Gesellschaft befindet sich im Umbruch – positiv formuliert: im Aufbruch –, und vielleicht auf dem Weg in eine neue Gesellschaftsordnung. Während dieser Umbruch für einige ein Versprechen auf eine bessere Zukunft darstellt, bedeutet der soziale Wandel für andere das Zerreißen des vormals festen gesellschaftlichen Zusammenhalts und den Verlust gesellschaftlicher Werte. Insbesondere streng konservative, religiöse Akteure setzen an dieser Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger an und versprechen ihrerseits gesellschaftliche Stabilität, Verlässlichkeit und Moral.

Unter dem Strich gehören religiöse Autoritäten und Institutionen zu den wenigen Akteuren, die über ein Potenzial der Mobilisierung breiter Gesellschaftskreise verfügen. Politischen Parteien, der Zivilgesellschaft und auch den Gewerkschaften gelingt dies nur selten oder überhaupt nicht. Vor diesem Hintergrund suchen politische Akteure in Mali gegenwärtig bewusst die Allianz mit den Religiösen, um von deren Glaubwürdigkeit und sozialer Legitimität ein Stück weit zu profitieren. So ist es beispielsweise längst gesellschaftlicher *common sens*, dass der Aufstieg in das höchste Staatsamt ohne die prominente Unterstützung religiöser Gruppen kaum möglich ist. Dabei lassen sich die Politiker_innen jedoch auf einen gefährlichen »Deal« ein, da sie in eine delikate Abhängigkeit geraten, aus der sie sich später oftmals nicht mehr lösen können. Als Gegenleistung zur »Wahlhilfe« erwarten religiöse Akteure anschließend nämlich häufig die Vertretung *ihrer* Interessen und politischen Ziele. Das Ergebnis ist ein Kreislauf, in dem sich der politische Einfluss religiöser Gruppen und Akteure sowohl verstärkt als auch verstetigt.

Erschwerend kommt hinzu, dass neben dieser beschriebenen Politisierung von Religion ein tief greifender Wandel innerhalb des Islam in Mali stattfindet. Denn während streng konservative bis fundamentalistische Denkschu-

6. http://www.lemonde.fr/afrique/article/2013/07/27/au-mali-le-poids-de-la-religion-dans-la-campagne-est-considerable_3454547_3212.html.

7. Siehe *Mali Mètre Spécial* (Gao, Ménaka, Kidal) und *Mali Mètre 6*; <http://fes-mali.org/index.php/malimetre>.

8. Instat (2015): *Dynamique de la Gouvernance, la paix et la Sécurité au Mali entre 2014 et 2015 : Une analyse à partir des modules GPS-SHaSA*; http://www.instat-mali.org/contenu/eq/dynapaix14-15_eq.pdf.

len wie der Wahabismus und Salafismus – auch durch internationale Unterstützung – stärker werden, verlieren die in Mali traditionell vertretenen liberalen und moderaten Strömungen tendenziell an Zulauf. Die malische Gesellschaft steht damit vor der doppelt komplexen Frage nach dem zukünftigen Charakter des »malischen Islam« und dem künftigen Verhältnis von Staat und Religion.

Der Machtzuwachs religiöser Akteure in der malischen Politik und Gesellschaft muss vor eben dieser vielschichtigen Gemengelage bewertet werden. Politischen Sprengstoff birgt hierbei vor allem die Tatsache, dass es der Politik und dem malischen Staat weder gelingt, den sendungsbewussten religiösen Akteuren etwas entgegenzusetzen, noch den tiefen Vertrauensbruch zwischen der Politik und der malischen Gesellschaft zu überwinden, um die Bevölkerung wieder für sich zu gewinnen.

Ein eigenes Verständnis von Laizität als Zeichen einer Emanzipation?

Die aktuelle Debatte um das Verhältnis von Staat und Religion birgt aber auch eine Chance auf Emanzipation und eine Art von *ownership*. Mit der Unabhängigkeit hat Mali – wie viele andere frankophone Staaten – einen erheblichen Teil an formellen und informellen Institutionen der vormaligen Kolonialmacht übernommen. Dabei spiegeln zahlreiche Institutionen, Mechanismen und politische Denkmodelle im Grunde weder die Realität noch die Mentalität in den neu gegründeten Staaten wider. Die Abwendung vom französischen Modell der Laizität, das viele Malier_innen für sich als unpassend oder sogar religionsfeindlich empfinden, könnte damit die Chance auf die Entwicklung einer eigenen Form des Verhältnisses von Religion und Staat sein.

Damit steckt in der aktuellen Debatte durchaus ein gewisses Emanzipationspotenzial, sofern es Mali gelingt, ein genuin malisches Verhältnis von Religion und Staat zu entwickeln. Entscheidend wird allerdings sein, inwieweit diese Debatte tatsächlich geführt wird. Wenn die Diskussion weiterhin nur von einigen religiösen Akteuren mit politischen Ambitionen dominiert wird und die politischen Entscheider_innen lediglich Statist_innen oder Getriebene bleiben, wird der aktuelle Trend, verstärkt von den wenig seriösen Medien, nur weiter zu einer Aushöhlung des Staates beitragen. Gleichzeitig wird nur eine öffentliche und transparente Debatte

auch diejenigen religiösen Akteure »entzaubern«, die einen Islam vertreten, der in der toleranten muslimischen Mehrheitsgesellschaft Malis eben nicht die religiös-gesellschaftlichen Ideen der Mehrheit widerspiegelt.

Der Staat, das heißt politische Institutionen und Entscheidungsträger_innen, müsste die Debatte folglich so schnell wie möglich selbst in die Hand nehmen und proaktiv gestalten, statt sich von der Angst lähmen zu lassen, die Büchse der Pandora zu öffnen. »Wir müssen diese Debatte offiziell führen und zwar über ORTM⁹ und zur besten Sendezeit«, bringt es Mohamed Sidibé, ein junger Malier aus der Region Gao, auf den Punkt.¹⁰ Und auch der ehemalige Premierminister, Moussa Mara, der häufig selbst aufgrund seiner engen Beziehungen zu religiösen Institutionen kritisiert wird, fordert: »Entwickeln wir unseren eigenen Weg der Laizität.«¹¹

Eines steht jedoch fest: Wenn es dem malischen Staat nicht gelingt, die Vertrauenskrise zwischen Politik und Bevölkerung zu überwinden, wird er zunehmend in die Defensive geraten, während religiöse Akteure hinzugewinnen und noch stärker als bisher in die politische Ebene vordringen – eine Ebene, die heute allzu oft keine politischen Antworten auf die drängenden Probleme der Bürgerinnen und Bürger generiert.

9. Staatlicher Fernsehsender und häufig genutzt sowie als glaubwürdig empfundenes Medium. Siehe http://fes-mali.org/images/Utilisation_des_mdias.pdf.

10. Im Rahmen eines Programms der Friedrich-Ebert-Stiftung Mali am 12. März 2016.

11. <http://www.moussamara.com/index.php/17-fp-flash-info-lists/250-la-laicite>.



Über die Autorin

Katja Müller ist seit 2014 Co-Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako, Mali. Zuvor war sie von 2012–2014 als Referentin für China und die Mongolei im Asien-Referat der FES in Berlin tätig.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7446 | Fax: +49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Caroline.Lemmer@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.